

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 90 (1993)

Artikel: Armut verhindern : sozialpolitische Vorschläge

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838204>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armut verhindern — sozialpolitische Vorschläge

Ergebnisse der Zürcher Armutsstudien veröffentlicht!

Im Dezember 1992 wurden die wichtigsten Resultate und sozialpolitischen Vorschläge der im Kanton Zürich durchgeführten Armutsuntersuchungen publiziert. Die Studien wurden im Auftrag der kantonalen Fürsorgedirektion von IPSO Sozialforschung sowie vom Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitsrecht an der Hochschule St. Gallen (FAA) realisiert. Die Publikation bietet erstmals für die Schweiz — einen systematischen Vergleich aller bisherigen kantonalen Armutsstudien.

Die einkommensstatistischen Analysen zeigen, dass im Stichjahr der Untersuchungen (1988) je nach gewähltem Grenzwert mit 60 000 bis 112 000 einkommensschwachen Personen im Kanton Zürich gerechnet werden muss. Wegen der mittlerweile massiv verschlechterten Konjunkturlage dürften diese Zahlen für den heutigen Zeitpunkt zu tief sein. Der Anteil einkommensschwacher Einwohner ist in Zürich deutlich höher als in den anderen Bezirken. Die AltersrentnerInnen bilden die grösste Gruppe. Danach folgen Familien mit Kindern; fast der Hälfte von ihnen steht ein ausländischer Familienvorstand vor. Auch Behinderte und Alleinerziehende zählen zu den wichtigen Betroffenen. Das Einkommensschwächerisiko — gemessen am Anteil einkommensschwacher Personen innerhalb einer Gruppe — ist bei den Alleinerziehenden mit Abstand am höchsten.

Auch bei den *KlientInnen der Fürsorgeämter* stellen die Alleinerziehenden einen erheblichen Anteil. Andere häufig festgestellte Problemlagen sind psychische Instabilität, Drogenabhängigkeit sowie Krankheit und Behinderung. Neben der finanziellen Unterstützung erhält ein Grossteil der KlientInnen auch Beratungs- und Betreuungsleistungen. Dabei schwankt allerdings die Qualität des Betreuungsverhältnisses beträchtlich.

Einigkeit über Betroffenenengruppen

Der *Vergleich* aller bisher durchgeführten kantonalen Armutsstudien zeigt, dass zwar die Einschätzungen über das Ausmass von Armut und Einkommensschwäche wegen der unterschiedlich gewählten Grenzwerte und wegen Abweichungen in methodischen Einzelheiten deutlich auseinandergehen (s. Tabelle). Es besteht aber weitgehend Einigkeit über die am meisten *Betroffenen*: Alleinerziehende, Behinderte, Langzeitarbeitslose, ältere Menschen, Suchtabhängige, AusländerInnen und Alimentenpflichtige. Diese Befunde sind ausreichend, um die nötigen Schritte zur Verhinderung und Bekämpfung von Armut in Angriff zu nehmen.

Das garantierte Mindesteinkommen: kein sozialpolitisches Patentrezept

Zu den von IPSO und FAA gemachten *sozialpolitischen Vorschlägen* gehören u. a. Kinderbeihilfen an Alleinerziehende, die Umwandlung der Arbeitslosen-

versicherung in Richtung eines Wiedereingliederungs-Existenzminimums für Langzeitarbeitslose, die vollständige Erfassung der anspruchsberechtigten AltersrentnerInnen, existenzsichernde Renten für Behinderte sowie die Einführung eines Sozialkredits mit ermässigtem Zinssatz für stark verschuldete Personen. Das *garantierte Mindesteinkommen* wird als sozialpolitische Massnahme kritisch beurteilt: Es handelt sich dabei um ein einseitig finanzielles Konzept der Armutbekämpfung. Die immer wichtiger werdenden Beratungs- und Betreuungsaufgaben der sozialen Dienste kann es nicht ersetzen.

Die Publikation mit dem Titel «**Armut verhindern**» kann bei der Fürsorgedirektion des Kantons Zürich (Obstgartenstr. 21, 8090 Zürich) bezogen werden. Preis: Fr. 25. —.

Kontaktadresse: IPSO Sozialforschung, Dr. Peter Farago, Tel. 01/822 17 00

Einkommensschwäche in der Schweiz				
<i>Studie</i>	<i>Einkommensgrenze Franken</i>	<i>Jahr</i>	<i>Einkommensschwäche in Prozent</i>	
			<i>Haushalte</i>	<i>Personen</i>
Enderle	7 800	1976	—	2.5
	12 180		—	6.6
Tessin	7 560	1982	8.9	6.9
	9 450		15.7	14.5
Buhmann/Leu	8 936	1982	—	2.7
	13 900		—	9.3
Neuenburg	11 669	1987	14.2	—
	12 926		19.3	—
St. Gallen	12 000	1987	5.6	4.4
	15 000		9.6	8.3
Wallis	12 825	1989/90	14.9	—
	16 930		25.4	—
Jura	11 050	1989	15.1	10.8
	14 740		27.5	23.3
Bern	16 000	1986	23.1—24.0	20.4—21.6
Zürich	12 800	1988	6.0	5.5
	17 430		10.6	9.7
Basel	«arm»	1990	—	15—25